

Anfrage über die bevorstehenden Poststellenschliessungen

eröffnet am 25. Mai 2009

Innerhalb von wenigen Jahren hat die Post rund 1500 Poststellen geschlossen. Nun sollen gemäss den Plänen der Schweizerischen Post die nächsten 500 folgen, 20 Prozent des heutigen Poststellennetzes. Ohne Rücksicht auf die Bevölkerung und die Wirtschaft werden seitens der Post schleichend, aber gezielt vollendete Tatsachen geschaffen. Auch im Kanton Luzern sind von der Post weitere Poststellenschliessungen geplant. Die Wirtschaft und die Bevölkerung des Kantons sind aber auf hervorragende und flächendeckende Postdienste angewiesen. Schliesst die Post, folgen ihr häufig auch andere Geschäfte. Es ist deshalb von zentraler Bedeutung, dass das heutige Poststellennetz mit seiner Dienstleistungsqualität erhalten bleibt.

Als Alternative zu den Poststellen spricht die Post vom Haus-Service und von Post-Agenturen. Der Haus-Service mag gut und recht sein für Leute, die daheim sind, wenn der Pöstler kommt. Allen anderen nützt er nichts. Bei den Post-Agenturen ist das grösste Problem, dass deren Existenz nicht langfristig gesichert ist. Hinzu kommt, dass sie zwar meist längere Öffnungszeiten als eine Poststelle haben, aber bedeutend weniger Dienstleistungen bieten. So sind Bar-Einzahlungen in einer Post-Agentur ebenso wenig möglich wie der Bezug von Bargeld. Laut einer Uvek-Studie vom Sommer 2008 ist die Post das wichtigste Geldinstitut für den Zahlungsverkehr und die Bargeldversorgung ganz besonders in Randregionen. Gemäss der Uvek-Studie siedeln sich Banken nur dort an, wo sich auch eine Poststelle befindet. Daraus wird deutlich, dass es keine Alternativen zu voll ausgebauten Poststellen gibt.

Laut der Uvek-Studie ist die Schweiz ein ausgesprochenes Bargeldland. Erst ungefähr 30 Prozent der Bevölkerung wickeln ihre Zahlungen über das Internet ab. Hinzu kommt, dass im Detailhandel meistens mit Bargeld bezahlt wird. Der Post kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu, weil sie die Bevölkerung flächendeckend mit Münzen und Noten versorgt. Mit ihren Abbauplänen gefährdet die Post als Bundesunternehmen ihren Grundversorgungsauftrag. Zudem fügt sie mit jeder Poststellenschliessung der betroffenen Region einen herben Verlust bezüglich Standortattraktivität zu.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Hat die Schweizerische Post den Kanton Luzern über ihre Pläne informiert?
2. Wie gedenkt der Kanton Luzern auf die Abbaupläne zu reagieren?
3. Koordiniert und unterstützt der Kanton Luzern die betroffenen Gemeinden in ihren Bemühungen um den Erhalt ihrer Poststellen und damit eines Teils ihrer Standortattraktivität?

Pardini Giorgio